

Behringer, Jan; Theobald, Thomas; van Treeck, Till

Research Report

Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland: Eine makroökonomische Sicht

IMK Report, No. 99

Provided in Cooperation with:

Macroeconomic Policy Institute (IMK) at the Hans Boeckler Foundation

Suggested Citation: Behringer, Jan; Theobald, Thomas; van Treeck, Till (2014) : Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland: Eine makroökonomische Sicht, IMK Report, No. 99, Hans-Böckler-Stiftung, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Düsseldorf, <https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:101:1-201411242552>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/106123>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Report

Auf einen Blick

- Freiwillige Haushaltbefragungen wie das Sozioökonomische Panel (SOEP) unterschätzen tendenziell die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen. Die von Thomas Piketty und anderen etablierte Forschungsrichtung wertet daher zur Bestimmung der Ungleichheit am oberen Ende der Verteilung amtliche Steuerstatistiken aus.
- Die Piketty-Methode führt jedoch zu einer Unterschätzung des Anstiegs der Ungleichheit in Deutschland seit der Jahrtausendwende, weil ein großer Teil der steigenden Gewinne von den Unternehmen einbehalten und damit nicht als Haushaltseinkommen erfasst wurde.
- Aussagekräftige Kennziffern der Ungleichheit in Deutschland können unter Zuhilfenahme vorhandener Umfragedaten sowie gesamtwirtschaftlicher Rechenwerke entwickelt werden.
- Die (Wieder-)Einführung einer synthetischen Einkommensteuer und einer Vermögensteuer würde die Messung hoher Einkommen und Vermögen in Deutschland stark erleichtern.
- Eine Reduzierung der Ungleichheit in Deutschland könnte zum Abbau der hohen Exportüberschüsse und damit zu mehr makroökonomischer Stabilität beitragen.

Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland: Eine makroökonomische Sicht

Jan Behringer, Thomas Theobald, Till van Treeck¹



Videostatement:

Till van Treeck zur Ungleichheit
aus makroökonomischer Sicht

<http://youtu.be/WOkbfMyGTYk>



Korrigierte Version vom 25.10.2014: Im Vergleich zur am 23.10.2014 veröffentlichten Version wurde in Abbildung 4b das fälschlicherweise „p90“ genannte Perzentil in „p99“ korrigiert.

Inhaltsverzeichnis

Die neue Debatte über ökonomische Ungleichheit	2
Ungleichheit in Deutschland	2
Ungleichheitsmessung im SOEP mit Einkommens- und Vermögensdaten	2
Die World Top Incomes Database als neue Datenbasis	4
Der „Unternehmensschleier“ als Grund für die Unterschätzung der Ungleichheit	5
INFOBOX 1: Zum Zusammenhang zwischen funktionaler und personeller Einkommensverteilung und gesamtwirtschaftlicher Entwicklung	6
Alternative Kennziffern der Ungleichheit	8
Erweiterte Top Income Shares	9
Die Vermögens-Einkommens-Relation	9
INFOBOX 2: Pikettys „fundamentale Gesetze des Kapitalismus“ und die langfristige Entwicklung der Einkommens- und Vermögensungleichheit: Eine Illustration	11
Fazit	14
Literatur	14

¹ Universität Duisburg-Essen.

Die neue Debatte über ökonomische Ungleichheit

Thomas Pikettys internationaler Bestseller „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ hat eine neue Debatte über die geeignete Datengrundlage zur Messung der Einkommens- und Vermögensungleichheit und über die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen steigender Ungleichheit angestoßen. Bereits zuvor hatten Ergebnisse der Verteilungsforschung in Deutschland vermehrt für Schlagzeilen gesorgt. Beispielsweise zeigten Studien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD 2008, 2011), dass die Einkommensungleichheit in den letzten eineinhalb Jahrzehnten in kaum einem anderen OECD-Land stärker gestiegen ist als in Deutschland. In den letzten Jahren dreht sich die Debatte um die Frage, ob die Einkommensungleichheit nach der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/9 wieder zurückgegangen ist (Grabka und Goebel 2013; Rehm et al. 2014). Die Datengrundlage für diese Debatten liefert jeweils das am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) angesiedelte Sozio-ökonomische Panel (SOEP).

Ebenfalls für großes Aufsehen sorgten im vergangenen Jahr die Ergebnisse einer von der Europäischen Zentralbank (EZB) koordinierten Haushaltsbefragung (HFCN 2013), wonach die Vermögensungleichheit innerhalb der Europäischen Union in Deutschland nach Österreich am größten ist. Zuletzt ermittelte das DIW auf Basis des SOEP eine „anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland“ für den Zeitraum 2002-2012 (Grabka und Westermeier 2014).

Der Ansatz des Forscherteams um Thomas Piketty zur Analyse der Ungleichheit unterscheidet sich von den oben genannten Studien in zweierlei Hinsicht. Erstens stellt er die Datengrundlage der Studien in Frage. Denn sowohl das SOEP als auch das Household Finance and Consumption Survey (HFCS) der EZB basieren auf freiwilligen Haushaltsbefragungen, an denen sich sehr einkommens- und vermögensstarke Personen typischerweise nicht beteiligen. Dies führt dazu, dass die Einkommens- und Vermögensungleichheit am oberen Ende der Verteilung teilweise stark unterschätzt werden. Aus diesem Grund werten Piketty und Koautoren seit mehr als zehn Jahren für eine Vielzahl von Ländern systematisch die amtlichen Einkommen- und Vermögenssteuerstatistiken aus. Ziel ist es, den Anteil der hohen Einkommen an den gesamten Haushaltseinkommen realistischer abzuschätzen. Die Ergebnisse dieser wegweisenden Forschungsarbeit sind mittlerweile in der World Top Incomes Database (WTID) zusammengefasst und für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden (Alvaredo et al. 2012).

Zweitens bettet Piketty in seinem jüngsten Buch (Piketty 2014) die Analyse der Einkommens- und Vermögensungleichheit in einen makroökonomischen Gesamtkontext ein. Datengrundlage hierfür sind die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) und die Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung (FinR). Auf diese Weise wird eine Brücke geschlagen zwischen der mikroökonomischen Verteilungsforschung und makroökonomischen Fragestellungen. So stellt sich beispielsweise die Frage nach dem Zusammenhang zwischen steigender ökonomischer Ungleichheit und zunehmender gesamtwirtschaftlicher Instabilität (Piketty 2014; van Treeck 2014a).

Ziel des vorliegenden Reports ist es, wichtige Ergebnisse der beiden skizzierten Forschungsrichtungen (freiwillige Haushaltsbefragungen einerseits, amtliche Steuerstatistiken und gesamtwirtschaftliche Rechenwerke andererseits) im Zusammenhang darzustellen und Gründe für die teilweise recht unterschiedlichen Ergebnisse zu diskutieren. Dabei werden ein dringender Forschungsbedarf und notwendige politische Maßnahmen zur Schaffung einer verbesserten Datengrundlage identifiziert. Zugleich werden, inspiriert u.a. durch Piketty (2014), Vorschläge für aussagekräftige Kennziffern der Ungleichheit gemacht, die bereits mit Hilfe der vorhandenen Daten entwickelt werden können. Zudem werden die gesamtwirtschaftlichen Folgen steigender ökonomischer Ungleichheit in Deutschland skizziert.

Ungleichheit in Deutschland

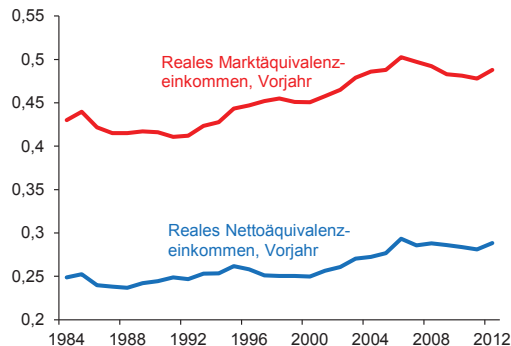
Ungleichheitsmessung im SOEP mit Einkommens- und Vermögensdaten

Die Debatte um die Einkommensungleichheit in Deutschland ist stark geprägt durch ihren Fokus auf den Gini-Koeffizienten für die äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommen, basierend auf den Daten des SOEP (Abbildung 1a). Dieser Gini-Koeffizient war seit Mitte der 1980er Jahre lange Zeit weitgehend stabil, bevor es in der ersten Hälfte der 2000er Jahre zu einem sehr kräftigen Anstieg kam. Seit 2006 verharrte der Gini auf gestiegenem Niveau mit leicht rückläufiger Tendenz, bevor 2012 ein erneuter Anstieg auf einen Wert von 0,288 erfolgte.

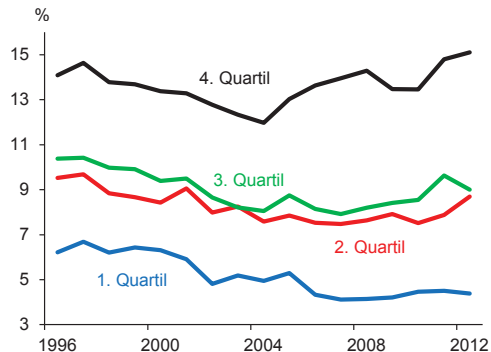
Eine mögliche Erklärung für die zwischenzeitlich leicht rückläufige Tendenz des Gini-Koeffizienten liegt in der Entwicklung der Kapitaleinkommen (Horn et al. 2014). Da diese viel stärker am oberen Rand der Verteilung konzentriert sind als die Lohn-einkommen, führte der zeitweise Rückgang der Vermögensrenditen während der Finanzmarktkrise

Ungleichheitsmaße: SOEP

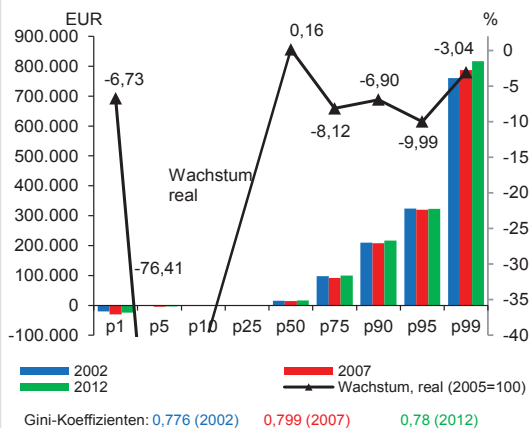
a) Gini-Koeffizienten SOEP¹



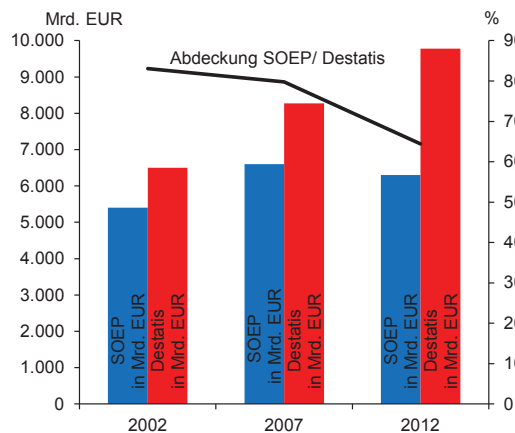
b) SOEP Sparquoten nach Einkommensquartilen²



c) Individuelles Nettovermögen SOEP nach ausgewählten Perzentilen³



d) Vermögen SOEP vs. Destatis⁴



¹ Imputed rent ohne Beamtenkorrektur.

² Monatliche Ersparnisse in % des Monatsnettoeinkommens.

³ Die Vermögensinformationen SOEP stammen aus DIW Wochenbericht 9/2014. Zur Berechnung des realen Wachstums wurde der BIP Deflator unterstellt.

⁴ Die Vermögensinformationen SOEP stammen aus DIW Wochenberichten 45/2007, 4/2009 und 9/2014. Die Vermögensinformationen Destatis stammen aus der Vermögensbilanz „Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck“ des Statistischen Bundesamtes.

Quellen: SOEP v29; Statistisches Bundesamt; AMECO; Berechnungen des IMK.

zu einem Rückgang der Einkommensungleichheit. Zudem können im SOEP grundsätzlich nur ausgeschüttete Einkommen der Unternehmen, etwa in Form von Privatentnahmen bei Personengesellschaften, berücksichtigt werden. Einbehaltene Gewinne bleiben unberücksichtigt.

Daten zur Vermögensverteilung werden im SOEP seit 2002 alle fünf Jahre erhoben. Von 2002 bis 2007 war ein Anstieg der Vermögensungleichheit zu verzeichnen: Der Gini-Koeffizient stieg in diesem Zeitraum von 0,78 auf 0,80 an (Grabka und Westermeier 2014). Die Vermögen sind also sehr viel ungleicher verteilt als die Einkommen. Von 2007 bis 2012 ist der Gini-Koeffizient der Vermögen wiederum leicht gesunken (Abbildung 1c).

Wie kann es sein, dass die Einkommensungleichheit im Zeitraum 2002-2012 stark ansteigt, aber die Vermögensungleichheit auf hohem Niveau verharrt?²

Eine ökonomische Erklärung hierfür liegt darin begründet, dass sich eine Veränderung in der Einkommensverteilung zunächst nur geringfügig in einer veränderten Vermögensverteilung niederschlägt, da letztere zum einen auf einem deutlich hö-

² Siehe auch Brenke/Wagner (2013, S. 114): „Wenn die Vermögenseinkommen und die Einkommen der Gutverdiener in überdurchschnittlichem Maße zulegen und wenn diese relativ viel sparen, die Haushalte mit geringem Einkommen dagegen nichts oder kaum etwas zurücklegen, dann ist eine immer stärkere Vermögenskonzentration die zwangsläufige Folge.“

heren Niveau liegt und zum anderen die Akkumulation von Vermögen durch Ersparnisbildung Zeit benötigt. Längerfristig ist daher damit zu rechnen, dass die Vermögensungleichheit „nachzieht“ und zugleich verstärkend auf die Einkommensungleichheit zurückwirkt (Infobox 2). Dies gilt umso mehr, da sich die Sparquoten von oberen und unteren Einkommensgruppen nach den Zahlen des SOEP seit der Jahrtausendwende auseinanderentwickelt haben (Abbildung 1b).³ Auch die Entwicklung der letzten Jahre (Anstieg der Einkommensungleichheit von 2011 auf 2012, zunehmende Spreizung der Sparquote seit 2010) lässt einen künftigen Anstieg der Vermögensungleichheit erwarten.

Darüber hinaus ist die Datengrundlage des SOEP kritisch zu betrachten: Die Erfassung von (insbesondere hohen) Vermögen auf Basis von freiwilligen Haushaltsbefragungen wie dem SOEP ist naturgemäß schwierig. So ist es wenig plausibel, dass die realen Nettovermögen zwischen 2002 und 2012 gerade in den obersten Perzentilen abgenommen haben (Abbildung 1c). Gleichzeitig hat die Abdeckung der gesamten Nettovermögen der privaten Haushalte durch das SOEP im Vergleich zur Vermögensbilanz des Statistischen Bundesamtes („Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck“) stark abgenommen: von etwa 85 % auf etwa 65 % (Abbildung 1d). Es ist daher zu vermuten, dass die Vermögensungleichheit nicht nur im Niveau unterschätzt wird (Grabka und Westermeier 2014), sondern auch in der Veränderung.

Die World Top Incomes Database als neue Datenbasis

Neben den bekannten Gini-Koeffizienten rückt dank der Forschung von Facundo Alvaredo, Anthony B. Atkinson, Thomas Piketty und Emmanuel Saez verstärkt ein neues Maß für die Messung der Einkommensungleichheit in den Fokus: Betrachtet werden die Anteile hoher Einkommen an den gesamten (Vorsteuer-)Einkommen der privaten Haushalte (Topeinkommensanteile oder Top Income Shares). Datengrundlage sind die amtlichen Einkommensteuerstatistiken und die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.

Abbildung 2a zeigt die Entwicklung des Anteils hoher Einkommen an den gesamten Haushaltseinkommen vor Steuern für Deutschland auf Basis der World Top Incomes Database (WTID). Hierbei ist

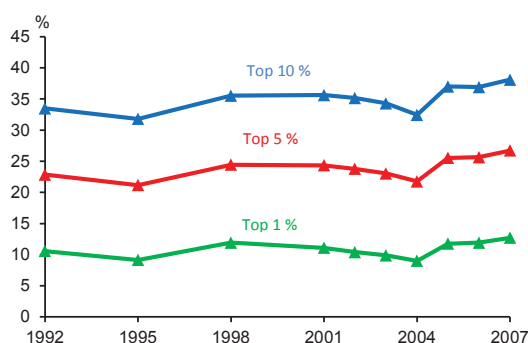
zweierlei auffällig: Erstens enden die Zeitreihen im Gegensatz zu jenen der meisten anderen Länder bereits 2007. Zweitens ist nur ein geringfügiger Anstieg des Anteils des Einkommens der oberen 5 % bzw. des oberen 1 % der Haushalte an den gesamten Haushaltseinkommen erkennbar, während der Anteil der oberen 10 % etwas stärker anstieg.

Die vorhandenen Zeitreihen der WTID für Deutschland basieren auf den Arbeiten von Dell

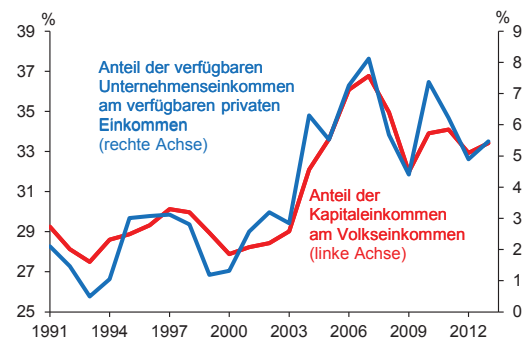
ABBILDUNG 2

Ungleichheitsmaße: WTID und VGR

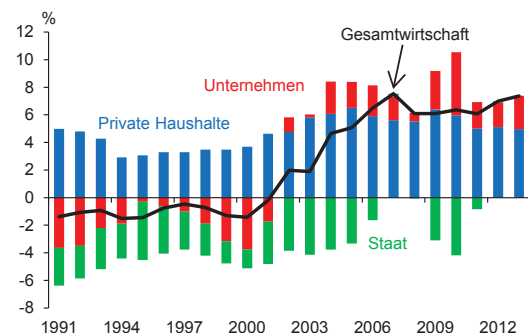
a) Topeinkommensanteile¹



b) Unternehmens- und Kapitaleinkommen



c) Finanzierungssalden der Sektoren²



¹ Topeinkommensanteile inklusive Veräußerungsgewinne.

² in % des Bruttoinlandsprodukts.

Quellen: AMECO; World Top Incomes Database; Berechnungen des IMK.

³ Die Sparinformation des SOEP weist jedoch erhebliche Schwachstellen auf und ist kaum in Einklang mit der Sparquote der VGR zu bringen. Die Art der Fragestellung im SOEP schließt negative Sparquoten aus. Zudem ist die Anzahl der Befragten, welche verglichen mit der Einkommenserhebung keine oder inkonsistente Angaben machen, relativ hoch.

(2007), neuere Untersuchungen liegen bislang nicht vor. Für die Jahre ab 2009 ergibt sich dabei das Problem, dass mit Einführung der sogenannten Abgeltungssteuer Informationen über versteuerte Kapitalerträge nicht mehr personenbezogen erfasst werden wie vormals im Zuge der synthetischen Einkommensbesteuerung. Vielmehr wird die Abgeltungssteuer direkt von den Finanzinstituten anonym an die Finanzämter abgeführt, so dass keine direkten Informationen über die Verteilung der Kapitaleinkommen vorliegen. Diese sind aber wegen der hohen Vermögenskonzentration ungleicher verteilt als die Arbeitseinkommen und tragen damit erheblich zu den Topeinkommensanteilen bei.

Der nach den vorhandenen Daten vergleichsweise schwache Anstieg der Top Income Shares in Deutschland ist erklärungsbedürftig, da Deutschland, gemessen am Gini-Koeffizient der verfügbaren Haushaltseinkommen, zu den Ländern mit dem stärksten Anstieg der Einkommensungleichheit während der letzten Jahrzehnte innerhalb der OECD gehört. Beispielsweise war der Anstieg des Gini-Koeffizienten in Deutschland zwischen Mitte der 1980er und Mitte der 2000er Jahre in etwa gleich stark wie in den USA (OECD 2008, 2011). Gleichzeitig sind die Top-1 %- bzw. Top-5 %-Einkommensanteile in den USA laut WTID von ca. 10 % bzw. 20 % auf etwa 20 % bzw. 35 % gestiegen, also sehr viel stärker als in Deutschland.

Hierbei ist zunächst zu berücksichtigen, dass der Gini-Koeffizient auf Grund seiner mathematischen Konstruktion nur wenig auf Veränderungen an den äußeren Rändern der Verteilung reagiert. Hinzu kommt die Untererfassung der hohen Einkommen in freiwilligen Haushaltsbefragungen wie dem SOEP.⁴ Daher ist es durchaus möglich, dass wie in Deutschland während der ersten Hälfte der 2000er Jahre der Gini-Koeffizient stark steigt, aber die Top Income Shares konstant bleiben.⁵ Ein steigender Gini-Koeffizient bedeutet tendenziell, dass die Verteilung zwischen den äußeren Rändern ungleicher wird, d.h. die Mittelschicht kleiner wird. Ein Anstieg der Top Income Shares hingegen bedeutet, dass sich die Einkommensverteilung zu Gunsten der oberen 10 %, 5 % oder 1 % der Haushalte und zu Lasten der großen Masse der Bevölkerung verschiebt.

Der „Unternehmensschleier“ als Grund für die Unterschätzung der Ungleichheit

Ein alleiniger Fokus auf Top Income Shares à la Piketty führt jedoch zu einer Unterschätzung des Anstiegs der Ungleichheit in Deutschland. Grundsätzlich sind bei der Bewertung der Top Income Shares in einem Land immer der gesamtwirtschaftliche Kontext, insbesondere die Entwicklung der funktionalen Einkommensverteilung, zu berücksichtigen (Infobox 1).

In Deutschland ist der Anteil der Kapitaleinkommen am Volkseinkommen seit der Jahrtausendwende stark gestiegen (Abbildung 2b). Spiegelbildlich ist die Lohnquote, also der Anteil der Arbeitseinkommen am Volkseinkommen, gefallen. Die kräftig gestiegenen Unternehmensgewinne wurden jedoch nicht in entsprechendem Maße an die privaten Haushalte weitergegeben, sondern in hohem Umfang einbehalten. Deswegen sind die Tophaushaltseinkommen (und ihr Anteil an den gesamten Haushaltseinkommen) weniger stark gestiegen, als es der Fall gewesen wäre, wenn die zunehmenden Gewinne nicht einbehalten, sondern – wie etwa in den USA – verstärkt an Topmanager und Aktionäre (die überwiegend zu den oberen Einkommensgruppen gehören) weitergegeben worden wären. In den USA hingegen war der Rückgang der Lohnquote vor der Krise deutlich schwächer, eben weil sie durch die hohen Managergehälter stabilisiert wurde.

Die Bedeutung dieses „Unternehmensschleiers“ bleibt in der Analyse der ökonomischen Ungleichheit oftmals unberücksichtigt. Dabei wird die ökonomische Ungleichheit in Ländern wie Deutschland durch die Topeinkommensanteile à la Piketty unterschätzt. Denn die Letzteigentümer der Unternehmen sind in erster Linie die reichen Haushalte, deren Einkommenszuwachs aber durch die einbehaltenen Gewinne „verschleiert“ wird (Infobox 1).

Auch die Messung der Ungleichheit der Vermögen wird gegenwärtig durch den Unternehmensschleier erschwert. Laut SOEP hat das durchschnittliche von den Haushalten angegebene Betriebsvermögen zwischen 2002 und 2012 von ca. 212 000 Euro auf ca. 191 000 Euro abgenommen (Grabka und Westermeier 2014, S. 159). Vor dem Hintergrund des starken Anstiegs der gesamtwirtschaftlichen Gewinne und Vermögen nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung muss die Plausibilität dieser Zahlen bezweifelt werden. Offenbar wird der Wert von Beteiligungen an Personengesellschaften und (nicht-börsennotierten) Kapitalgesellschaften von den befragten Haushalten nicht realistisch angegeben (Unternehmensschleier). Dies gilt aufgrund von Bewertungsspielräumen zum Teil auch für börsennotierte Unternehmen.

⁴ Laut SOEP reichte ein äquivalenzgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen von etwa 45 000 Euro aus, um zu den oberen 5 % der Verteilung des Jahres 2012 zu gehören.

⁵ Insofern ist der Empfehlung etwa von Leigh (2009), wonach die Top Income Shares bedenkenlos andere Maße der Ungleichheit ersetzen können, nicht ohne weiteres zuzustimmen.

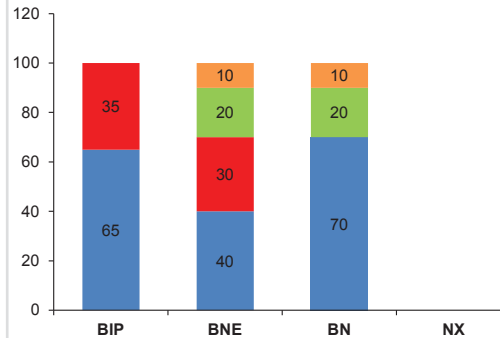
Zum Zusammenhang zwischen funktionaler und personeller Einkommensverteilung und gesamtwirtschaftlicher Entwicklung

In der jüngeren internationalen Forschung wird der Zusammenhang zwischen hoher Ungleichheit und makroökonomischer Instabilität vermehrt diskutiert (Rajan 2010, Stiglitz 2012, van Treeck und Sturm 2012). Um die gesamtwirtschaftlichen Implikationen der Einkommensverteilung zu analysieren, sollten grundsätzlich sowohl die funktionale als auch die personelle Einkommensverteilung in die Betrachtung einbezogen werden. Die funktionale Verteilung gibt die Aufteilung des Bruttoinlandsprodukts in Lohneinkommen einerseits und Unternehmer- und Kapitaleinkommen andererseits an und basiert auf Daten der VGR. Die personelle Einkommensverteilung bezeichnet die Aufteilung der verfügbaren Einkommen unter den Haushalten und fußt in der Regel auf freiwilligen Haushaltsbefragungen (z.B. SOEP) oder Steuerstatistiken (z.B. WTID). Je nachdem, ob Verschiebungen in der funktionalen oder in der personellen Einkommensverteilung dominieren, kann dies zu unterschiedlichen makroökonomischen Entwicklungen führen. Insbesondere kann es in Folge von Verteilungsänderungen entweder zu einer übermäßigen privaten Haushaltsverschuldung oder zu Leistungsbilanzungleichgewichten kommen, was beides langfristig zu makroökonomischer Instabilität führen kann. In einem Forschungsprojekt des IMK¹ wurden daher die makroökonomischen Folgen von Verschiebungen in der personellen und in der funktionalen Einkommensverteilung analysiert. Die möglichen Folgen dieser unterschiedlichen Schocks werden in den Abbildungen Box 1.1b und c stilisiert aufgezeigt. Ein wichtiger Baustein der Analyse ist die Relative Einkommenshypothese (Duesenberry 1949; Frank 2005), nach der Haushalte zumindest einen Teil ihres Konsums (sogenannte positionale Güter) nach dem Konsumverhalten einer Referenzgruppe ausrichten, welche in der Regel aus einkommensstärkeren Haushalten besteht (aufwärtsgerichtete Statusvergleiche). Ein solches Konsumverhalten ist keineswegs irrational oder nur auf Luxusgüterkonsum beschränkt. Als Beispiel denke man an die Ausgaben für Bildung in einem Land, wo die „guten“ Schulen und Universitäten überwiegend privat finanziert werden: Wenn im Zuge steigender Ungleichheit die Kosten für „gute“ Bildung durch die vermehrten

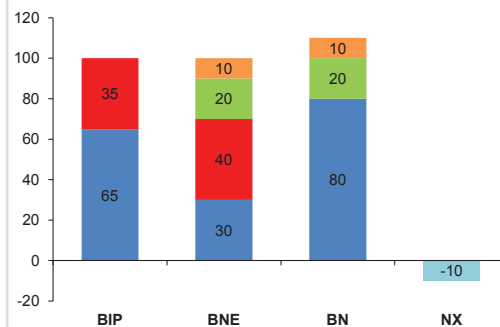
ABBILDUNG BOX 1.1

Gesamtwirtschaftliche Effekte von Verteilungsveränderungen

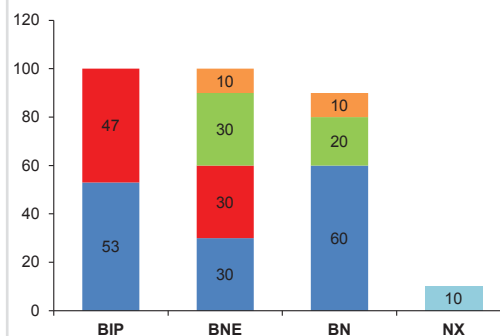
a) Stilisierte Ausgangssituation



b) Stilisierte Auswirkungen eines personellen Einkommensschocks



c) Stilisierte Auswirkungen eines funktionalen Einkommensschocks



1. Säule: BIP

Kapitaleinkommen [P]
+ Lohneinkommen [W]
= Bruttoinlandsprodukt [BIP]

2. Säule: BNE

Staatseinnahmen [T]
+ Unternehmenscashflow [Y_F]
+ Top-Haushaltseinkommen [Y_H_T]
+ Mittlere- und Untere Haushaltseinkommen [Y_H_MU]
= Bruttonationaleinkommen [BNE]

3. Säule: BN

Staatsausgaben [G]
+ Unternehmensinvestitionen [I]
+ Privater Konsum [C]
= Binnennachfrage [BN]

4. Säule: NX

Fin.saldo Staat [T-G]
+ Fin.saldo Unternehmen [Y_F-I]
+ Fin.saldo Haushalte [Y_H_MU + Y_H_T - C]
= Nettoexporte [NX]

Abbildungen vernachlässigen Abschreibungen und Primäreinkommen. Größenordnungen sind illustrativ gewählt.

Quelle: Berechnungen des IMK.



¹ Weitere Informationen unter: <http://ineteconomics.org/grants/income-inequality-household-debt-and-current-account-imbalances>

Ausgaben der oberen Einkommensgruppen nach oben getrieben werden, können viele Familien selbst der gehobenen Mittelschicht in schwierige Zielkonflikte geraten (z.B. relativ gute Bildung für die Kinder versus ausreichende Ersparnis zur Altersvorsorge). Gleichzeitig offenbart dieses Beispiel, wie sehr länderspezifische Institutionen, etwa eine ausgeprägte öffentliche Daseinsvorsorge oder die Beschränkung kreditfinanzierten Konsums, den Einfluss des Referenzkonsums und das Verschuldungsverhalten der Haushalte eindämmen können. Beispielsweise dürfte „positionales Wettrüsten“ (Frank 2007) in den USA eine größere Rolle spielen als in Deutschland.

Ein weiterer Baustein in der Analyse stellt der oben schon erwähnte „Unternehmensschleier“ (engl. corporate veil) dar. Obwohl die Unternehmen letztlich den Haushalten gehören, geht ein gesteigerter Wert des Unternehmens, etwa in Form einbehaltener Gewinne, in der Regel nicht voll in die Konsumententscheidung der Unternehmensbesitzer (Topeinkommensbezieher) ein und kann somit auch nicht als Referenz für die Konsumententscheidung anderer Haushalte dienen. Gleichzeitig schwächen einbehaltene Unternehmensgewinne die Binnennachfrage, wenn sie nicht in entsprechendem Maße zu höheren privaten Investitionen führen (Lindner 2014).

Die Analyse des IMK beruht zudem auf der Annahme, dass es sich bei den beobachteten Verschiebungen in der Einkommensverteilung zum größeren Teil um Schocks auf die permanente (und nicht nur auf die transitorische) Einkommenskomponente handelt, d.h. dass dauerhaft dieselben Haushalte von der Veränderung der Einkommensverteilung betroffen sind.² Dies schließt beispielsweise aus, dass ein Anstieg der Haushaltsverschuldung allein aus Motiven der Konsumglättung zu erklären wäre.

Im Folgenden werden die stilisierten Auswirkungen von personellen und funktionalen Einkommensschocks anhand einfacher Zahlenbeispiele illustriert (Abbildungen Box 1.1a-1.1c). Im Basisszenario (Abbildung Box 1.1a) ist die Lohnquote 65 %, und die Kapitaleinkommensquote 35 % (Säule 1). Der Topeinkommensanteil beträgt etwa 43 % (3/7) der verfügbaren Haus-

haltseinkommen, der Anteil der verfügbaren Unternehmenseinkommen am Nationaleinkommen ist 20 %, und jener der verfügbaren Haushaltseinkommen beträgt 70 % (Säule 2). Die Binnennachfrage entspricht dem Nationaleinkommen (Säule 3), d.h. die Leistungsbilanz ist ausgeglichen (Säule 4).

Abbildung Box 1.1b zeigt die stilisierten Auswirkungen eines personellen Einkommensschocks in einem institutionellen Umfeld, in dem die gesteigerten Einkommen der Spitzenverdiener (Säule 2) nicht nur zu eigenem Mehrkonsum, sondern auch zu gestiegenem, kreditfinanziertem Referenzkonsum der unteren Einkommensgruppen führen (Säule 3). Der geringere Anteil der Einkommen unterer und mittlerer Einkommensklassen führt dabei nicht zu einem Rückgang der Lohnquote, wenn es sich bei den gesteigerten Einkommen der Spitzenverdiener mehrheitlich um Lohneinkommen handelt (z.B. Managerentgelte, Bonuszahlungen). Im Beispiel bleibt die Lohnquote konstant bei 65 % (Säule 1), und der Anteil der verfügbaren Haushaltseinkommen bleibt konstant bei 70 %, während der Top Income Share auf ca. 57 % (4/7) steigt. Die Zunahme der Haushaltsverschuldung geht mit einem Rückgang des Finanzierungssaldos der Haushalte einher, was in einem Leistungsbilanzdefizit mündet (Säule 4).

Abbildung Box 1.1c zeigt die stilisierten Auswirkungen eines funktionalen Einkommensschocks. Der Rückgang der Lohnquote auf 53 % (Säule 1) geht in erster Linie zu Lasten der Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen (Säule 2). Gleichzeitig geht der Rückgang einher mit einem Anstieg der verfügbaren Unternehmenseinkommen auf 30 % (Säule 2). Im Ergebnis fallen die verfügbaren Haushaltseinkommen auf 60 % des Nationaleinkommens. Gleichzeitig steigt der Topeinkommensanteil an den verfügbaren Haushaltseinkommen weniger als im vorangegangenen Szenario, und zwar auf 50 % (3/6). Wenn zusätzlich das institutionelle Umfeld die Anreize zum Referenzkonsum gering hält, fallen die Sparquoten der unteren Einkommensgruppen nicht hinreichend stark, um dem Rückgang der verfügbaren Einkommen entgegenzuwirken. Dies führt zu einer Schwächung der Binnennachfrage (Säule 3) und fördert ein exportorientiertes Wachstumsmodell mit signifikanten Leistungsbilanzüberschüssen (Säule 4). Die Kreditnachfrage der privaten Haushalte ist entsprechend schwach.

Die vorgestellten Wechselwirkungen beruhen nicht nur auf modelltheoretischen Überlegungen (Belabed, Theobald und van Treeck 2013), sondern auch auf empirischer Evidenz (Behringer

² Bartels und Bönke (2013, Abbildungen 3 und 4) zeigen für Deutschland die Entwicklung der transitorischen und permanenten Varianz der Realeinkommen (1985 – 2006). Während für die Bruttoeinkommen der Haushalte eine stärkere Zunahme der permanenten Varianz zu verzeichnen ist, fällt die Veränderung sowohl für die permanente als auch die transitorische Komponente der Haushaltsnettoeinkommen relativ gering aus, was jedoch schwer vereinbar mit der Entwicklung des Gini-Koeffizienten im gleichen Zeitraum erscheint.

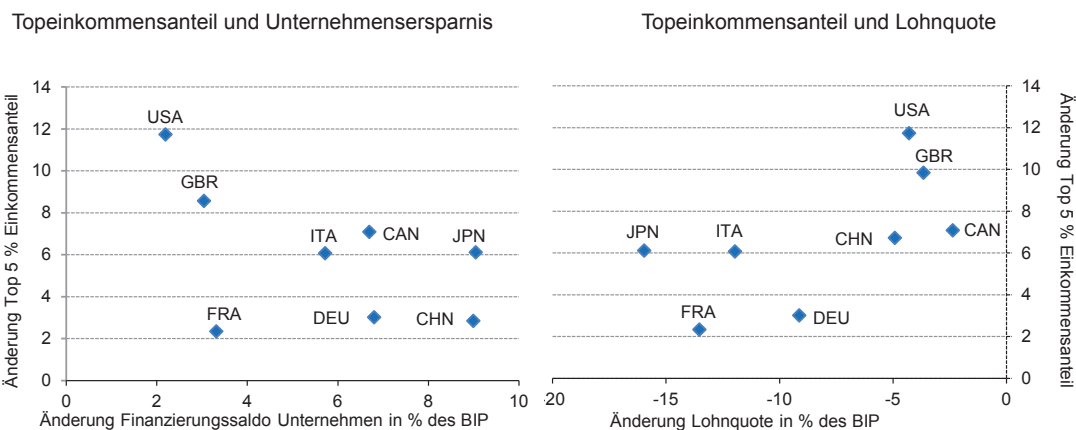
und van Treeck 2013). Abbildung Box 1.2 zeigt dazu rein deskriptiv den Zusammenhang zwischen Maßen der personellen und der funktionalen Einkommensverteilung für die G7 Länder und China. Tendenziell ergibt sich ein negativer (positiver) Zusammenhang zwischen dem Finanzierungssaldo der Unternehmen (der Lohnquote) und den Top Income Shares: In Ländern, in denen Spitzenverdiener seit Beginn der 1980er Jahre hohe Einkommenszuwächse verzeichneten, ist die Lohnquote weniger stark gefallen, während die Unternehmen gleichzeitig geringere Ersparnisse bildeten.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Veränderungen sowohl der personellen als auch der funktionalen Einkommensverteilung destabi-

lisierende makroökonomische Effekte nach sich ziehen können. Im ersten Fall kann die steigende Ungleichheit unter den Haushaltseinkommen zu einem Anstieg der Haushaltsverschuldung, einem Rückgang des Finanzierungssaldos der privaten Haushalte und einem Leistungsbilanzdefizit führen. Im zweiten Fall kann eine Umverteilung der Einkommen von den Haushalten zu den Unternehmen zu einer binnenwirtschaftlichen Nachfrageschwäche, einem Anstieg des Finanzierungssaldos der Unternehmen und einem Leistungsbilanzüberschuss führen. Paradebeispiele für diese unterschiedlichen Entwicklungen im Vorfeld der Finanzmarktkrise waren die USA bzw. Deutschland, wie Behringer et al. (2013) in Fallstudien erläutern.

ABBILDUNG BOX 1.2

Zusammenhang zwischen personeller und funktionaler Einkommensverteilung



Die Abbildungen setzen für die G7 und China jeweils ein Maß der personellen Einkommensverteilung in Beziehung zu einem Maß der funktionalen Einkommensverteilung. Alle Veränderungen beziehen sich auf den Zeitraum 1980/3 – 2004/7 (Vierjahresdurchschnitte) mit Ausnahme von Großbritannien (1984/7 – 2004/7) und China (1992/5 – 2000/3).

CAN = Kanada; CHN = China; DEU = Deutschland; FRA = Frankreich; GBR = Großbritannien; ITA = Italien; JPN = Japan; USA = USA

Quelle: Behringer und van Treeck (2013).

IMK

Alternative Kennziffern der Ungleichheit

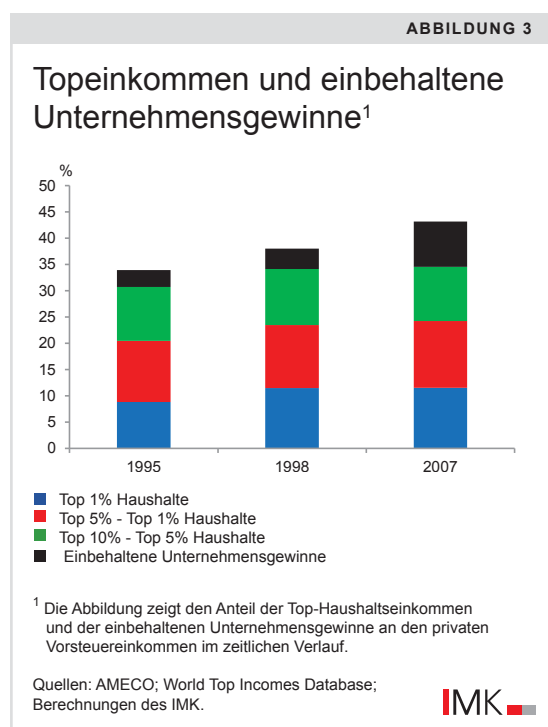
Piketty (2014) weist auf zwei empirische Phänomene hin, die jeweils einen Anstieg der ökonomischen Ungleichheit signalisieren: Erstens ist in vielen Ländern der Anteil der Spitzeneinkommen an den gesamten Vorsteuereinkommen der privaten Haushalte (Topeinkommensanteile) stark angestiegen. Zweitens ist das Verhältnis von privaten Vermögen zu gesamtwirtschaftlichen Einkommen in vielen Ländern gestiegen. Dies bedeutet tendenziell einen Anstieg der Ungleichheit, weil Vermögen un-

gleicher verteilt sind als Einkommen. Zugleich gewinnen leistungslose Einkommen aus Erbschaften gegenüber Arbeitseinkommen an Bedeutung, und die ökonomische Ungleichheit verfestigt sich.

In Deutschland ist die Datenlage zwar gegenwärtig unbefriedigend; dennoch können Pikettys Kennziffern mit gewissen vereinfachenden Annahmen und unter Berücksichtigung der spezifischen Situation in Deutschland so angepasst werden, dass wichtige aktuelle und zu erwartende Tendenzen der Ungleichheit in Deutschland erkennbar werden (Infobox 2).

Erweiterte Top Income Shares

Top Income Shares sollen einen Eindruck vermitteln von der Verteilung der Einkommen zwischen zwei gesellschaftlichen Gruppen: die Topeinkommensbezieher einerseits und alle anderen Gesellschaftsmitglieder andererseits.⁶ Allerdings kommt die vielerorts erkennbare zunehmende Polarisierung zwischen den beiden Gruppen je nach Land auf unterschiedliche Weise zum Ausdruck. In den USA und im Vereinigten Königreich etwa ist der Anteil der obersten Haushaltseinkommen an den gesamten Haushaltseinkommen seit den 1980er Jahren drastisch gestiegen. Diese Entwicklung zeigen die Zahlen der WTID. In Deutschland hingegen ist seit den frühen 2000er Jahren vor allem der gestiegene Anteil der einbehaltenen Unternehmensgewinne an den gesamten privaten Einkommen auffällig. Die Top Income Shares aus der WTID berücksichtigen diese Einkommen nicht, weil sie nicht der Einkommensteuer unterliegen, und zeichnen daher ein unvollständiges Bild von der Polarisierung der Einkommen.



In Abbildung 3 werden daher die vorhandenen Daten zu den Top Income Shares aus der WTID mit denen zu den einbehaltenen Unternehmensgewinnen aus der VGR kombiniert und auf die gesamten privaten Einkommen bezogen. Hierbei handelt es sich jedoch um eine stark vereinfachende Illustration, wobei angenommen wird, dass die Unternehmensgewinne vollständig den Spitzenverdienern zuzurechnen sind. Wie in der Abbildung erkennbar,

⁶ Kumhof et al. (2010) sprechen von „Investoren“ (reiche Haushalte und Unternehmen) und „Arbeitern“.

fällt der Anstieg der so angepassten Top Income Shares sehr viel kräftiger aus.

Abbildung 2c verdeutlicht den gesamtwirtschaftlichen Kontext, in dem der Anstieg der einbehaltenen Unternehmensgewinne in Deutschland zu betrachten ist. Der Finanzierungssaldo der Kapitalgesellschaften ist seit 2002 positiv, d.h. der Unternehmenssektor bildet im Aggregat in jedem Jahr zusätzliche Nettovermögen. Dieses Phänomen ist historisch und im internationalen Vergleich sehr ungewöhnlich. Da weder der Unternehmenssektor noch der Staat (Stichwort: Schuldenbremse) die traditionell positive Nettoersparnis der privaten Haushalte aufnimmt, ist die Leistungsbilanz in Deutschland strukturell positiv. Diese Entwicklung kann nicht nur als Ausdruck einer Schieflage in der Einkommensverteilung verstanden werden, sondern sie wirkt darüber hinaus gesamtwirtschaftlich destabilisierend (Infobox 1).⁷

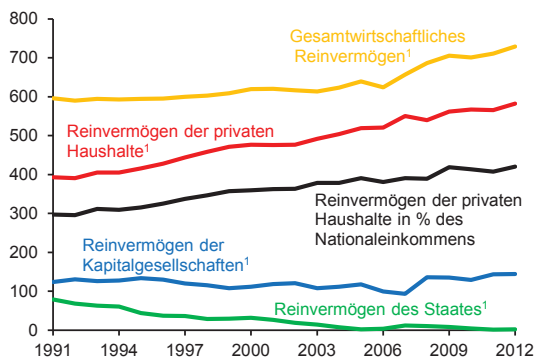
Die Vermögens-Einkommens-Relation

Abbildung 4a zeigt das Verhältnis aus Nettovermögen und Einkommen für verschiedene Vermögens- und Einkommenskonzepte. Die schwarze Linie in Abbildung 4a zeigt das Reinvermögen der privaten Haushalte in % des Nationaleinkommens. Seit 1991 ist dieses Verhältnis (von Piketty mit „ β “ bezeichnet, vgl. Infobox 2) von etwa 300 % auf über 400 % gestiegen. Das gesamtwirtschaftliche Reinvermögen wies im gleichen Zeitraum einen deutlich schwächeren Anstieg aufgrund des Rückgangs des staatlichen Reinvermögens auf. Seit Mitte der 2000er Jahre ist das gesamtwirtschaftliche Reinvermögen im Vergleich zum Nationaleinkommen stark angestiegen, was auf die gestiegenen Reinvermögen der privaten Haushalte ebenso wie der privaten Unternehmen zurückzuführen ist. Auffällig ist zudem, dass die Reinvermögen der privaten Haushalte im Vergleich zu den verfügbaren privaten Haushaltseinkommen seit Beginn der 2000er Jahre viel stärker angestie-

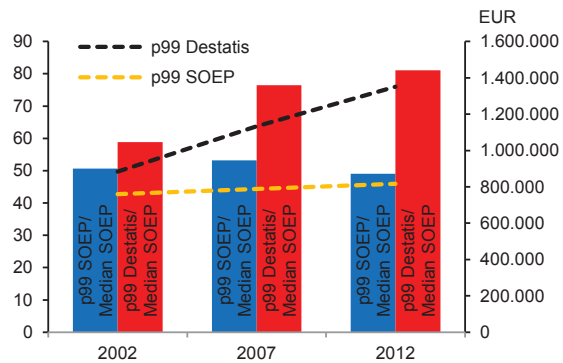
⁷ Wagner (2011) bringt es auf den Punkt: „Der Kern des Problems sind ... nicht die Staatsschulden, sondern die enormen Ungleichgewichte im internationalen Handel. ... Gerade das deutsche Wirtschaftsmodell hat erheblich zur Instabilität in der Eurozone beigetragen. Es hat eine exzessive Exportstrategie verfolgt, die durch stagnierende Reallöhne gestützt wurde. Wenn sich die Einkommen der breiten Masse der Bevölkerung nur schwach entwickeln, kommt die Binnennachfrage ebenfalls nicht voran. Man kann dann auch nicht mehr Waren und Dienstleistungen im Ausland kaufen. Wenn aber ein Land immer mehr an Gütern produziert, als es selbst verbraucht, müssen andere Staaten sich zwangsläufig verschulden. Diesen Staaten wurde sukzessive die Wirtschaftsgrundlage, also die Arbeitsplätze und damit auch die Steuerkraft, entzogen – und in Deutschland häuften sich die Vermögen an.“

Vermögen-Einkommens-Relationen

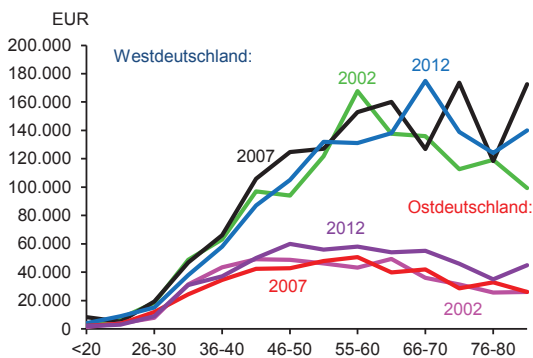
a) Vermögen nach Sektoren



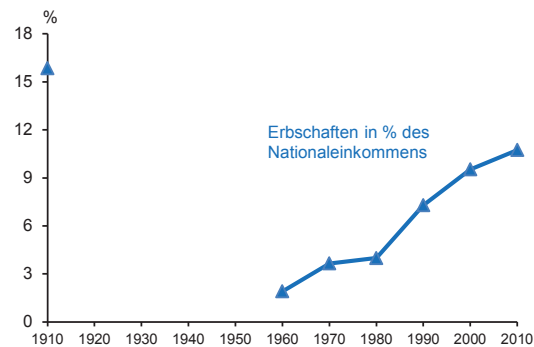
b) p99 individuelle Vermögen zu Medianeinkommen²



c) Individuelles Nettovermögen nach Altersgruppen und Region



d) Bedeutungszunahme der Erbschaften



¹ in % des verfügbaren Haushaltseinkommens.

² Die linke Achse stellt das Verhältnis von p99 und Medianeinkommen dar. p99 bezeichnet das 99. Perzentil der entsprechenden Verteilung. Zur Berechnung von „p99 Destatis“ wurde die Vermögensverteilung nach SOEP mit der durchschnittlichen Vermögensentwicklung nach Statistischem Bundesamt kombiniert: p99 Destatis = (p99 SOEP/ pro Kopf SOEP) x pro Kopf Destatis. Zur Berechnung von pro Kopf Destatis wurde der Bevölkerungsanteil der Über 14-jährigen gemäß AMECO zu Grunde gelegt. Die rechte Achse stellt das Perzentil der Vermögensverteilung in EUR dar.

Quellen: Schinke (2012); AMECO; Statistisches Bundesamt; SOEP v29; Berechnungen des IMK.

IMK

gen sind als im Vergleich zu den Nationaleinkommen. Zuvor bewegten sich die beiden alternativen Kennzahlen für β weitgehend parallel. In der Auseinanderentwicklung der beiden Reihen während der letzten eineinhalb Jahrzehnte kommt wieder die schwache Entwicklung der Haushaltseinkommen im Vergleich zu den (einbehaltenen) Unternehmensgewinnen zum Ausdruck.

Ein Anstieg von β ist aus einer Verteilungsperspektive relevant, wenn die Vermögen ungleicher verteilt sind als die Einkommen. Eine interessante Kennziffer in diesem Zusammenhang ist das Verhältnis zwischen dem Nettovermögen eines relativ reichen Haushalts und dem verfügbaren Einkommen eines mittleren Haushalts. In Abbildung 4b wurde daher das Nettovermögen des 99. Perzentils der Vermögensverteilung durch Kombination von Daten des SOEP und der Gesamtwirtschaftlichen

Vermögensbilanz geschätzt. Dabei wurde die Vermögensverteilung des SOEP für die Jahre 2002, 2007 und 2012 übernommen. Die Veränderung des Nettovermögens im 99. Perzentil nach 2002 entspricht dann der durchschnittlichen Entwicklung der Nettovermögen nach Maßgabe der Gesamtwirtschaftlichen Vermögensbilanz. Das so berechnete Nettovermögen („p99 Destatis“) wurde dann ins Verhältnis zum äquivalenzgewichteten Medianhaushaltseinkommen nach dem SOEP („Median SOEP“) gesetzt. Das Maß des Medianeinkommens hat den Vorteil, dass es wenig anfällig ist für die Unterschätzung hoher Einkommen und dass es die finanzielle Situation der Durchschnittsbürger widerspiegelt. Nach unserer Berechnung, welche die hohen Nettovermögen wegen der Untererfassung im SOEP noch immer unterschätzen dürfte, verfügte das 99. Perzentil der Vermögensverteilung im

Jahr 2012 über ein Nettovermögen, dass dem 80-fachen des Jahreseinkommens des Medianhaushalts in Deutschland entsprach. Zehn Jahre zuvor war es nur etwa das 50-fache. Vertraute man allein den Zahlen des SOEP, fiel diese Entwicklung sehr viel schwächer aus (Abbildung 4b).

Eine weitere Frage ist, inwieweit das gestiegene Verhältnis von hohem Vermögen zu mittleren Einkommen zu einer Vererbung der ökonomischen

Ungleichheit über die Generationen beiträgt bzw. in Zukunft beitragen wird. Zu diesem Zweck ist ein Blick auf die Vermögens-Alters-Profile hilfreich (Abbildung 4c). Interessanterweise ist das Ausmaß des Vermögensabbaus vor dem Tod („Entsparen“) äußerst begrenzt. So ist das durchschnittliche Nettovermögen in der Altersgruppe der über 81-jährigen nicht signifikant niedriger als in der Altersgruppe der 65-jährigen. Demnach wird ein großer Anteil

INFOBOX 2

Pikettys „fundamentale Gesetze des Kapitalismus“ und die langfristige Entwicklung der Einkommens- und Vermögensungleichheit: Eine Illustration

Piketty (2014) formuliert ein einfaches Modell mit dem sich die Interaktion zwischen Einkommens- und Vermögensungleichheit darstellen lässt. Piketty spricht von „fundamentalen Gesetzen des Kapitalismus“, tatsächlich besteht das Modell lediglich aus einer Identitätsgleichung (Gleichung 1) und einem einfachen arithmetischen Prinzip (Gleichung 2). Jedoch besitzt das Modell jenseits theoretischer Grundkonflikte (z.B. keynesianische versus neoklassische Makroökonomik) Gültigkeit, sofern man ein langfristiges Gleichgewichtskonzept (steady state) anwendet.

Im „ersten fundamentalen Gesetz“ wird der Anteil der Kapitaleinkommen (P) an den Nationaleinkommen (Y) mit α bezeichnet und definiert als das Produkt aus der Kapitalrendite (r) und der Relation aus gesamtwirtschaftlichen Nettovermögen (W) und dem Nationaleinkommen (Y), die mit β bezeichnet wird:

$$(1) \quad \alpha = P/Y = r \cdot \beta = rW/Y$$

Im langfristigen Gleichgewicht konvergiert β gemäß dem „zweiten fundamentalen Gesetz“ gegen die Relation aus gesamtwirtschaftlicher Sparquote (s) und der nominalen Wachstumsrate des Nationaleinkommens (g):

$$(2) \quad \beta = s/g$$

Diese Zusammenhänge gewinnen durch zwei empirische Beobachtungen Pikettys an Bedeutung für die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung:

Erstens sparen Personen mit hohem Einkommen einen größeren Anteil ihres Einkommens und vererben relativ zu ihrem Einkommen mehr als Personen mit geringen Einkommen. Dies trägt entscheidend dazu bei, dass Vermögen ungleicher verteilt sind als Einkommen und dass Erbschaften im Laufe der Zeit gegenüber den Arbeitseinkommen an Bedeutung gewinnen.¹

¹ Verschärft wird die Vermögenskonzentration durch eine rückläufige Demografie.

Zweitens lag nach Piketty die Kapitalrendite (r) historisch oftmals oberhalb der Wachstumsrate des Nationaleinkommens (g). Dies bedeutet, dass, wenn die Vermögensbesitzer einen hinreichend großen Teil ihrer Einkommen sparen, die Vermögen tendenziell schneller steigen als die Arbeitseinkommen. Unter bestimmten Bedingungen kommt es zu einer immer weiter steigenden Vermögens-Einkommen-Relation (β), und damit zu einem immer größeren Anteil der Kapitaleinkommen an den Nationaleinkommen (α), was schließlich eine immer größere Einkommensungleichheit impliziert.² Um ein besseres Verständnis für die Interaktion zwischen Einkommens- und Vermögensungleichheit zu gewinnen, mag es hilfreich sein, die Logik von Pikettys Modell anhand einiger konkreter Zahlenbeispiele zu illustrieren.³ Aufgrund der Einfachheit des Modells und notwendiger vereinfachender Annahmen haben die nachfolgenden Simulationen in erster Linie illustrativen Charakter. Die darin erkennbaren Dynamiken sind jedoch in der Tendenz durchaus realistisch.

In Tabelle Box 2.1 wurde das Modell so „kalibriert“, dass die zentralen Relationen und Parameter des Modells in Periode 0 in Grundzügen der Situation in Deutschland zu Beginn der 2000er Jahre entsprechen.

In Periode 0 befindet sich das Modell im steady state, d.h. ohne weitere Veränderung der Modellparameter bleiben die Relationen α und β sowie die Verteilung des Einkommens (Y) und des Vermögens (W) konstant. Die Haushalte sind in drei Gruppen unterteilt (T: Top, M: Mitte, U: Unten),

² Formal steigt β genau dann unendlich an, wenn $s_{\text{Profit}} r > g$, wobei s_{Profit} die Sparquote aus Kapitaleinkommen ist. Die verteilungspolitische Brisanz eines großen r-g-Verhältnisses ergibt sich wiederum aus den unterschiedlichen Sparquoten der Einkommensgruppen. Wenn die Sparquoten unabhängig vom Einkommen wären, dann wäre auch das Verhältnis von Vermögen zu Einkommen für die einzelnen Haushalte unabhängig von deren Einkommen. Wären die Sparquoten zudem gleichverteilt, wäre langfristig die Vermögens- und Einkommensverteilung identisch mit der Lohnverteilung, und das Verhältnis von r und g wäre irrelevant für die Verteilungsentwicklung.

³ Die den Simulationen zugrundeliegende Excel-Datei ist online zum Herunterladen verfügbar (van Treeck 2014b).

wobei vereinfachend angenommen wird, dass die Einkommens- und Vermögensquantile zusammenfallen und über die Zeit stabil bleiben.⁴ Zudem wird, die Effekte unterschätzend, von einer einheitlichen Kapitalrendite für alle Haushalte ausgegangen.⁵ Da es im Modell keinen Unternehmenssektor gibt, repräsentieren die Top-Haushalte sowohl die reichen Haushalte als auch die Unternehmen. Weil der Staat ebenfalls unberücksichtigt bleibt, fallen Brutto- und Nettoeinkommen und Vorsteuer- und Nachsteuerrendite zusammen. Die Sparquoten der drei Einkommensgruppen fallen korrespondierend zum Einkommen und sie sind so gewählt, dass das gesamtwirtschaftliche β und die individuellen β s gerade konstant bleiben.⁶ Die Vermögen wachsen im Gleichschritt mit den Einkommen. Die Ausgangssituation zeigt deutlich, dass aus $r > g$ – anders als häufig behauptet – keineswegs notwendigerweise ein unendlicher Anstieg von β und der Ungleichheit folgen muss.⁷ In Tabelle Box 2.1a wird nun in Periode 1 die Verteilung der Lohnneinkommen zu Gunsten der Spitzenverdiener geschockt und gleichzeitig die Kapitalrendite erhöht. Im Ergebnis steigt der Anteil der Top-Einkommen unmittelbar von 25 % auf 35 % an, ähnlich wie in Abbildung 3. Der Anteil der Kapitaleinkommen steigt von 27 % auf 32 %, ähnlich wie in Abbildung 2b. Interessant ist die Dynamik in den nachfolgenden Perioden: Die Vermögensungleichheit bleibt zwar zunächst weitgehend unberührt vom Anstieg der Lohn- und Einkommensungleichheit. Weil aber die oberen Einkommensgruppen einen relativ großen Anteil ihrer gestiegenen Einkommen sparen, steigt nach und nach auch die Vermögensungleichheit, was wiederum einen verstärkenden Effekt auf die Einkommensungleichheit hat. (Je stärker die Spreizung der Sparquoten, desto stärker fällt diese Dynamik aus.) Nach 15 Perioden ist der Anteil der Top-Vermögen von 60 % auf 64 % angestiegen, nach 30 Perioden auf 67 %, nach 50 Perioden auf 70 %, und im neuen langfristigen Gleichgewicht steigt der Anteil der Top-Vermögen auf 81 %. Aus diesem Grund steigt langfristig der Anteil der Top-

Einkommen an den gesamten Einkommen auf 51 %, obwohl der Anteil der Top-Löhne weiterhin bei nur 23 % liegt. Diese Entwicklung macht deutlich, wie sich anfängliche Unterschiede in der Lohn- und Vermögensverteilung wegen der unterschiedlichen Sparquoten der Einkommensgruppen über die Zeit verstärken.

In Tabelle Box 2.1b wird zusätzlich die Wachstumsrate des gesamtwirtschaftlichen Einkommens (g) von 3 % in Periode 0 auf 1 % ab Periode 1 herabgesetzt. In der Tendenz entspricht der hier angenommene Rückgang des nominalen Einkommenswachstums den Prognosen Pikettys und vieler anderer Wirtschaftswissenschaftler und Demografen, die für die nächsten Jahrzehnte ein schwächeres Bevölkerungswachstum (und damit ein geringeres Einkommenswachstum) bzw. sogar eine „säkulare Stagnation“ (Summers 2014) vorhersagen. Während in Tabelle Box 2.1b die anfängliche Entwicklung nahezu unverändert gegenüber der Simulation in Tabelle Box 2.1a bleibt, entfaltet sich längerfristig eine sehr viel stärkere Dynamik in Richtung steigender Ungleichheit. Der Grund hierfür liegt in dem gestiegenen r - g -Verhältnis bei gleich bleibenden Sparquoten. Dadurch kommt es im Verhältnis zum Nationaleinkommen zu einem deutlich stärkeren Anstieg der Vermögen und damit der Kapitaleinkommen. Bereits nach 50 Perioden beläuft sich der Anteil der Top-Einkommen auf 60 %, und langfristig steigen α , β und die Einkommens- und Vermögensungleichheit ins Unendliche.

In Tabelle Box 2.1c erhöht sich außerdem noch die Diskrepanz zwischen den Sparquoten hoher und mittlerer Einkommensbezieher. In Deutschland ist diese Entwicklung seit einigen Jahren im Zuge steigender Unternehmenssparsparnis und der Tendenz nach auch aus den Haushaltssparquoten im SOEP erkennbar. Hierdurch wird die Dynamik der Ungleichheit noch einmal forciert. In Periode 50 entfallen auf die Top-Haushalte nun bereits 82 % des gesamten Vermögens (statt 73 % in Tabelle Box 2.1b) und bereits 71 % der gesamten Einkommen (statt 60 % in Tabelle Box 2.1b).

Diese Simulationen legen nahe, dass der Befund des SOEP für das letzte Jahrzehnt einer stark steigenden Einkommensungleichheit bei kaum veränderter Vermögensungleichheit auf Dauer nicht gültig bleiben dürfte. Die Vermögensungleichheit reagiert anfangs naturgemäß träge auf Veränderungen in der Einkommensverteilung, weil sie auf einem deutlich höheren Niveau startet und weil die Akkumulation von Vermögen über Ersparnisbildung Zeit braucht. Langfristig dürfte sich die Vermögens- und Einkommensungleichheit in Zukunft jedoch weiter verschärfen, wenn nicht geeignete wirtschaftspolitische Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

⁴ Empirisch kann eine Zunahme der Einkommensungleichheit entweder durch eine gestiegene transitorische oder durch eine gestiegene permanente Varianz der Einkommen oder durch eine Kombination aus beidem begründet sein (Bartels und Bönke 2013).

⁵ Tatsächlich können Haushalte, die über große Vermögen verfügen, typischerweise eine höhere Kapitalrendite erzielen, weil ein großes Vermögensportfolio besser diversifiziert werden kann und einen größeren Anteil an riskanteren und damit renditekräftigeren Anlagen besser verkraften kann. Überdies sind vermögende Haushalte zumeist besser über rentable Anlagemöglichkeiten informiert.

⁶ Zum Beispiel: $\beta = s/g = 0.108/0.03 = 3.6$;
 $\beta_M = s_M/g = 0.0897/0.03 = 2.99$.

⁷ Der Grund ist eine „zu geringe“ Sparquote der Top-Einkommensbezieher.

TABELLE BOX 2.1

Zur Bedeutung der Piketty-Kennzahlen sowie unterschiedlicher Sparquoten: Einige einfache Simulationen¹

a) Erhöhung der Toplohneinkommen und der Kapitalrendite

Periode	alpha (=P/Y)	Anteile an L			r	g	Sparquoten				s/g	beta (=W/Y)				Anteile an W			Anteile an Y		
		T	M	U			Gesamt	T	M	U		Gesamt	T	M	U	T	M	U	T	M	U
0	0,27	0,13	0,45	0,43	0,08	0,03	0,11	0,26	0,09	0,02	3,6	3,6	8,53	2,98	0,56	0,6	0,35	0,05	0,25	0,42	0,32
1	0,32	0,23	0,45	0,32	0,09	0,03	0,13	0,26	0,09	0,02	4,36	3,6	6,17	3,02	0,77	0,6	0,35	0,05	0,35	0,42	0,23
2	0,33	0,23	0,45	0,32	0,09	0,03	0,13	0,26	0,09	0,02	4,37	3,62	6,21	3,02	0,77	0,6	0,35	0,05	0,35	0,42	0,23
3	0,33	0,23	0,45	0,32	0,09	0,03	0,13	0,26	0,09	0,02	4,38	3,64	6,25	3,03	0,77	0,61	0,35	0,05	0,35	0,42	0,23
4	0,33	0,23	0,45	0,32	0,09	0,03	0,13	0,26	0,09	0,02	4,39	3,67	6,29	3,03	0,76	0,61	0,34	0,05	0,35	0,41	0,23
5	0,33	0,23	0,45	0,32	0,09	0,03	0,13	0,26	0,09	0,02	4,4	3,69	6,32	3,04	0,76	0,61	0,34	0,05	0,36	0,41	0,23
10	0,34	0,23	0,45	0,32	0,09	0,03	0,13	0,26	0,09	0,02	4,45	3,79	6,49	3,06	0,74	0,62	0,33	0,04	0,36	0,41	0,23
15	0,35	0,23	0,45	0,32	0,09	0,03	0,14	0,26	0,09	0,02	4,5	3,88	6,64	3,08	0,73	0,64	0,32	0,04	0,37	0,41	0,22
30	0,37	0,23	0,45	0,32	0,09	0,03	0,14	0,26	0,09	0,02	4,64	4,13	7,02	3,12	0,69	0,67	0,3	0,04	0,39	0,39	0,21
50	0,4	0,23	0,45	0,32	0,09	0,03	0,14	0,26	0,09	0,02	4,78	4,39	7,39	3,14	0,65	0,7	0,27	0,03	0,42	0,38	0,21
80	0,42	0,23	0,45	0,32	0,09	0,03	0,15	0,26	0,09	0,02	4,95	4,68	7,76	3,14	0,61	0,73	0,24	0,03	0,44	0,36	0,2
100	0,43	0,23	0,45	0,32	0,09	0,03	0,15	0,26	0,09	0,02	5,04	4,82	7,93	3,12	0,6	0,75	0,23	0,02	0,45	0,35	0,19
1000	0,48	0,23	0,45	0,32	0,09	0,03	0,16	0,26	0,09	0,02	5,39	5,39	8,53	2,98	0,56	0,81	0,18	0,02	0,51	0,32	0,17

b) Zusätzliche Senkung der Wachstumsrate

Periode	alpha (=P/Y)	Anteile an L			r	g	Sparquoten				s/g	beta (=W/Y)				Anteile an W			Anteile an Y		
		T	M	U			Gesamt	T	M	U		Gesamt	T	M	U	T	M	U	T	M	U
0	0,27	0,13	0,45	0,43	0,08	0,03	0,11	0,26	0,09	0,02	3,6	3,6	8,53	2,98	0,56	0,6	0,35	0,05	0,25	0,42	0,32
1	0,32	0,23	0,45	0,32	0,09	0,01	0,13	0,26	0,09	0,02	13,1	3,6	6,17	3,02	0,77	0,6	0,35	0,05	0,35	0,42	0,23
2	0,33	0,23	0,45	0,32	0,09	0,01	0,13	0,26	0,09	0,02	13,2	3,69	6,29	3,09	0,79	0,6	0,35	0,05	0,35	0,42	0,23
3	0,34	0,23	0,45	0,32	0,09	0,01	0,13	0,26	0,09	0,02	13,3	3,79	6,41	3,16	0,81	0,61	0,35	0,05	0,36	0,41	0,23
4	0,35	0,23	0,45	0,32	0,09	0,01	0,13	0,26	0,09	0,02	13,3	3,88	6,52	3,23	0,83	0,61	0,34	0,05	0,36	0,41	0,22
5	0,36	0,23	0,45	0,32	0,09	0,01	0,13	0,26	0,09	0,02	13,4	3,97	6,63	3,3	0,84	0,61	0,34	0,05	0,37	0,41	0,22
10	0,4	0,23	0,45	0,32	0,09	0,01	0,14	0,26	0,09	0,02	13,9	4,44	7,16	3,65	0,94	0,63	0,33	0,04	0,39	0,4	0,21
15	0,44	0,23	0,45	0,32	0,09	0,01	0,14	0,26	0,09	0,02	14,3	4,91	7,64	4	1,03	0,64	0,32	0,04	0,41	0,39	0,2
30	0,57	0,23	0,45	0,32	0,09	0,01	0,16	0,26	0,09	0,02	15,9	6,32	8,84	5,08	1,37	0,68	0,29	0,03	0,48	0,36	0,16
50	0,74	0,23	0,45	0,32	0,09	0,01	0,18	0,26	0,09	0,02	18,2	8,24	10	6,78	2,12	0,73	0,25	0,03	0,6	0,3	0,1
80	1,02	0,23	0,45	0,32	0,09	0,01	0,22	0,26	0,09	0,02	22,4	11,34	11,2	11,69	18,3	0,8	0,18	0,02	0,81	0,18	0,01
100	1,23	0,23	0,45	0,32	0,09	0,01	0,26	0,26	0,09	0,02	25,9	13,64	11,7	28,07	-2,4	0,85	0,14	0,01	0,99	0,07	-0,1
1000	3113	0,23	0,45	0,32	0,09	0,01	661,18	0,26	0,09	0,02	####	34589	13,4	4,67	0,87	1,35	-0,3	-0	3499	####	####

c) Zusätzliche Spreizung der Sparquoten

Periode	alpha (=P/Y)	Anteile an L			r	g	Sparquoten				s/g	beta (=W/Y)				Anteile an W			Anteile an Y		
		T	M	U			Gesamt	T	M	U		Gesamt	T	M	U	T	M	U	T	M	U
0	0,27	0,13	0,45	0,43	0,08	0,03	0,11	0,26	0,09	0,02	3,6	3,6	8,53	2,98	0,56	0,6	0,35	0,05	0,25	0,42	0,32
1	0,32	0,23	0,45	0,32	0,09	0,01	0,13	0,3	0,05	0,02	13	3,6	6,17	3,02	0,77	0,6	0,35	0,05	0,35	0,42	0,23
2	0,33	0,23	0,45	0,32	0,09	0,01	0,13	0,3	0,05	0,02	13,1	3,69	6,31	3,06	0,79	0,61	0,34	0,05	0,36	0,41	0,23
3	0,34	0,23	0,45	0,32	0,09	0,01	0,13	0,3	0,05	0,02	13,3	3,79	6,44	3,1	0,81	0,61	0,34	0,05	0,36	0,41	0,23
4	0,35	0,23	0,45	0,32	0,09	0,01	0,13	0,3	0,05	0,02	13,4	3,88	6,57	3,14	0,83	0,62	0,33	0,05	0,37	0,41	0,22
5	0,36	0,23	0,45	0,32	0,09	0,01	0,14	0,3	0,05	0,02	13,6	3,97	6,7	3,19	0,84	0,63	0,32	0,05	0,37	0,41	0,22
10	0,4	0,23	0,45	0,32	0,09	0,01	0,14	0,3	0,05	0,02	14,4	4,46	7,3	3,41	0,94	0,66	0,3	0,04	0,4	0,39	0,21
15	0,45	0,23	0,45	0,32	0,09	0,01	0,15	0,3	0,05	0,02	15,2	4,95	7,84	3,65	1,04	0,69	0,27	0,04	0,43	0,37	0,2
30	0,59	0,23	0,45	0,32	0,09	0,01	0,18	0,3	0,05	0,02	18	6,55	9,16	4,51	1,43	0,75	0,21	0,03	0,54	0,31	0,15
50	0,81	0,23	0,45	0,32	0,09	0,01	0,22	0,3	0,05	0,02	22,5	8,99	10,4	6,58	2,64	0,82	0,15	0,02	0,71	0,21	0,08
80	1,22	0,23	0,45	0,32	0,09	0,01	0,31	0,3	0,05	0,02	31,4	13,58	11,7	195,40	-2,9	0,9	0,09	0,01	1,05	0,01	-0,1
100	1,57	0,23	0,45	0,32	0,09	0,01	0,39	0,3	0,05	0,02	39,4	17,48	12,2	-5,02	-0,6	0,94	0,05	0,01	1,35	-0,2	-0,2
1000	45748	0,23	0,45	0,32	0,09	0,01	10962	0,3	0,05	0,02	####	508316	13,9	2,32	0,77	1,14	-0,1	-0	####	####	####

¹ L=Lohneinkommen, P=Gewinne, Y=Nationaleinkommen, W=Vermögen, T=Topeinkommenshaushalte, M=Mittlere Einkommensgruppen, U=Untere Einkommensgruppen, r=Kapitalrendite, g=Wachstumsrate des Nationaleinkommens, s=Sparquote

Quelle: Berechnungen des IMK.



der Vermögen in Deutschland vererbt. Wie Abbildung 4d zeigt, ist der Anteil der Erbschaften (Schinke 2012) an den Nationaleinkommen in Deutsch-

land seit 1960 kontinuierlich gestiegen. In Zukunft droht sich die ökonomische Ungleichheit weiter über die Generationen zu verstetigen (Infobox 2).

Fazit

Die für Deutschland gegenwärtig vorliegenden Daten zur ökonomischen Ungleichheit sind – auch im internationalen Vergleich – nicht zufriedenstellend. Das SOEP bietet zwar eine hervorragende Datengrundlage für vielfältige Analysen zur ökonomischen Ungleichheit. Es ist aber nur bedingt geeignet, um sehr hohe Einkommen und Vermögen realistisch zu erfassen.

Die WTID stellt im Prinzip eine wertvolle Alternative für die Messung von Topeinkommensanteilen, basierend auf offiziellen Steuerstatistiken, dar. Die aktuellsten Daten für Deutschland stammen jedoch aus dem Jahr 2007. Hier besteht dringender Bedarf an weiterer Forschung, die jedoch gegenwärtig erschwert wird durch die mangelnde personenbezogene Erfassung von Steuern auf Kapitalerträge. Allein aus diesem Grund spricht vieles dafür, die Abgeltungssteuer zugunsten einer Rückkehr zur synthetischen Einkommensbesteuerung abzuschaffen.

Auch die Messung der Vermögensungleichheit ist in anderen Ländern einfacher. In Frankreich etwa gibt es seit der Einführung der Vermögensteuer im Zuge der Französischen Revolution von 1789 eine entsprechende statistische Grundlage. Für Deutschland liegen gegenwärtig keine verlässlichen langen Reihen für die Vermögensungleichheit vor. Die Tatsache, dass es in Deutschland keine Vermögensteuer gibt und die Datenlage auf Basis der Schenkung- und

Erbschaftsteuer lückenhaft ist, erschwert die Forschung auf diesem Gebiet. Vermögende Haushalte geben nur ungerne Auskunft über ihre finanzielle Situation und damit über die wahre Vermögenskonzentration. Die Einführung einer Vermögensteuer mit einem beliebig niedrigen Steuersatz würde daher erhebliche Fortschritte hinsichtlich der Datenlage mit sich bringen. Selbst eine Vermögensteuer von 0 % wäre ein wichtiger Schritt zur Darstellung der tatsächlichen Vermögenslage.

Um jedoch substanziell gegen die negativen Folgen zunehmender Ungleichheit vorzugehen – sowohl aus Sicht der Verteilungsgerechtigkeit als auch hinsichtlich der makroökonomischen Stabilität – bedarf es steuerpolitisch weitreichenderer Schritte. Die Debatte zur Wiedereinführung der Vermögensteuer (Bach und Beznoska 2012) und zur Anhebung des Einkommensteuersatzes für Spitzenverdiener sollte viel stärker als bisher unter dem Aspekt geführt werden, dass eine Reduzierung der ökonomischen Ungleichheit auch die Gefahr zukünftiger Wirtschaftskrisen senkt. Nach den Erfahrungen der Großen Depression wurde der Zusammenhang zwischen Ungleichheit und makroökonomischer Instabilität schon einmal verstanden. In den USA etwa erhöhte der Wealth Tax Act als Teil des New Deal von Präsident Franklin D. Roosevelt und als Antwort auf die Weltwirtschaftskrise von 1929 den Spitzensteuersatz der Einkommensteuer auf 79 %.

IMK Report 99
Oktober 2014

Literatur

Alle IMK-Publikationen finden Sie auch online unter:
http://www.boeckler.de/imk_2733.htm

Alvaredo, F. / Atkinson, A.B. / Saez, E. / Piketty, T. (2012): The world top incomes database. <http://topincomes.g-mond.parisschoolofeconomics.eu/>; aufgerufen am 24.08.2014.

Bach, S. / Beznoska, M. (2012): Vermögensteuer: Erhebliches Aufkommenspotential trotz erwartbarer Ausweichreaktionen. In: DIW Wochenbericht, Bd. 79, H. 42, S.12-17.

Bartels, C. / Bönke, T. (2013): Can households and welfare states mitigate rising earnings instability? In: Review of Income and Wealth, Bd. 59, H. 2, S. 250-282.

Behringer, J. / Belabed, C. A. / Theobald, T. / van Treeck, T. (2013): Einkommensverteilung, Finanzialisierung und makroökonomische Ungleichgewichte. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung / Quarterly Journal of Economic Research, DIW Berlin, German Institute for Economic Research, Bd. 82, H. 4, S. 203-221.

Behringer, J. / van Treeck, T. (2013): Income Distribution and the Current Account: A Sectoral Perspective. INET Research Notes 35, Institute for New Economic Thinking (INET).

Belabed, C. / Theobald, T. / van Treeck, T. (2013): Income Distribution and Current Account Imbalances. INET Research Notes 36, Institute for New Economic Thinking (INET).

Brenke K. / Wagner, G. G. (2013): Ungleiche Verteilung der Einkommen bremst das Wirtschaftswachstum. In: Wirtschaftsdienst, Bd. 93, H.2, S. 110-116.

Dell, F. (2007): Top Incomes in Germany Throughout the Twentieth Century: 1891–1998. In: Atkinson, A. / Piketty, T. (Hrsg.): Top Incomes over the Twentieth Century: A Contrast Between Continental European and English Speaking Countries. Oxford University Press, Oxford, S. 365–425.

Duesenberry, J. S. (1949): Income, Saving and the Theory of Consumer Behavior. Harvard University Press.

Frank, R. H. (2005): Positional Externalities Cause Large and Preventable Welfare Losses. In: American Economic Review, Bd. 95, H. 2, S. 137–141.

Frank, R. H. (2007): Falling Behind: How Rising Inequality Harms the Middle Class. University of California Press, Berkeley.

Grabka, M. / Goebel J. (2013): Rückgang der Einkommensungleichheit stockt. In: DIW Wochenbericht, Bd. 80, H. 46, S. 13–23.

Grabka, M. / Westermeier, C. (2014): Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland. In: DIW Wochenbericht, Bd. 81, H. 9, S. 151–164.

HFCN (2013): The Eurosystem Household Finance and Consumption Survey: Results from the first wave. ECB Statistical Paper Series No. 2, Frankfurt am Main.

Horn, G. A. / Gechert, S. / Rehm, M. / Schmid, K. D. (2014): Wirtschaftskrise unterbricht Anstieg der Ungleichheit. IMK Report Nr. 97.

Kumhof, M. / Ranciere, R. (2010): Inequality, leverage and crises. IMF Working Paper 10/268, International Monetary Fund.

Leigh, A. (2009): How Closely Do Top Income Shares Track Other Measures of Inequality? In: Economic Journal, Bd. 117, H. 524, S. F619–F633.

Lindner, F. (2014): Privater Investitionsstau in Deutschland ? Kein Mangel an Maschinen aber an Nachfrage. IMK Report Nr. 96.

OECD (2008): Growing Unequal? - Income Distribution and Poverty in OECD Countries, http://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/growing-unequal_9789264044197-en, aufgerufen am 24.08.2014.

OECD (2011): Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising, http://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/the-causes-of-growing-inequalities-in-oecd-countries_9789264119536-en, aufgerufen am 24.08.2014.

Piketty, T. (2014): Capital in the twenty-first century. The Belknap Press of Harvard University Press; Cambridge, Massachusetts, London.

Rajan, R. (2010): Fault lines: How hidden fractures still threaten the world economy. Princeton University Press.

Rehm, M. / Schmid, K. D. / Wang, D. (2014): Why has Inequality in Germany not Risen Further After 2005? IMK Working Paper Nr. 137.

Schinke, C. (2012): Inheritance in Germany 1911 to 2009: A Mortality Multiplier Approach. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research, 462, http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.407138.de/diw_sp0462.pdf; zuletzt aufgerufen am 21.08.2014.

Stiglitz, J. E. (2012): The price of inequality: How today's divided society endangers our future; Norton and Company, New York.

Summers, L. H. (2014): U.S. Economic Prospects: Secular Stagnation, Hysteresis, and the Zero Lower Bound. In: Business Economics, Bd. 49, H. 2, S. 65–73.

van Treeck, T. (2014a): Did inequality cause the U.S. financial crisis? In: Journal of Economic Surveys, Bd. 28, S. 421–448.

van Treeck, T. (2014b): Zur Bedeutung unterschiedlicher Sparquoten für Pikettys „Gesetze des Kapitalismus“. Einige einfache Simulationen. <http://verteilungsfrage.org/2014/07/zur-bedeutung-unterschiedlicher-sparquoten-fuer-piketty/>; aufgerufen am 24.08.2014.

van Treeck, T. / Sturn, S. (2012): Income inequality as a cause of the Great Recession? : A survey of current debates. ILO Working Papers 470934, International Labour Organization.

Wagner, G. (2011): Nicht nur Griechenland, auch die deutsche Wirtschaftspolitik steht vor einer Wende. DIW Wochenbericht, Bd. 78, H. 45, S. 32.

Abgeschlossen am 1. September 2014

Impressum

Herausgeber:

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)
in der Hans-Böckler-Stiftung,
Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf
Telefon 0211 7778-331, Telefax 0211 7778-266
IMK@boeckler.de, <http://www.imk-boeckler.de>

Redaktionsleitung: Andrew Watt

Pressekontakt: Rainer Jung, 0211 7778-150

**Hans Böckler
Stiftung** 

Fakten für eine faire Arbeitswelt.

ISSN 1861-3683

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe zulässig.